

Stand: 18.06.2026 03:03:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11420

"Bayerns Energieversorgung schützen – Pläne von Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche stoppen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11420 vom 15.04.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/12239 des WI vom 30.04.2026



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Bayerns Energieversorgung schützen – Pläne von Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche stoppen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass

- das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geplante Netzpaket vollständig neu erarbeitet wird, damit Bayerns Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien – insbesondere der Photovoltaik (PV) – nicht durch einen falsch konstruierten Redispatch-Vorbehalt zunichtegemacht werden und der dringend notwendige weitere Ausbau der Windkraft im Freistaat nicht zum Erliegen kommt,
- stattdessen der eigentlich für die hohen Netzkosten verantwortliche lahmende Netz- und Energiespeicherausbau deutlich beschleunigt wird,
- die im Bundesrat auf bayerischer Initiative beschlossene Sonderausschreibung von 5 000 Megawatt für die Windkraft an Land unverzüglich umgesetzt sowie das Referenzertragsmodell und das Ausschreibungsdesign zugunsten windschwächerer Standorte reformiert wird, damit die vielen geplanten und zukünftigen Windprojekte in Bayern realisiert werden können,
- die Förder- und Rahmenbedingungen für Bürgerenergie verbessert werden,
- die private Energiewende in Bayern nicht durch eine Streichung der Einspeisevergütung für kleine PV-Anlagen abgewürgt und statt der Einführung einer praktisch nicht umsetzbaren Direktvermarktungspflicht der flächendeckende Rollout von Smart Metern deutlich beschleunigt wird,
- das Potenzial der rund 2 700 bayerischen Biogasanlagen als steuerbare und klimafreundliche Kraftwerksleistung in der Kraftwerksstrategie des Bundes angemessen berücksichtigt und diese Anlagen nicht durch den Redispatch-Vorbehalt vom Netzanschluss abgeschnitten werden,
- die bundesgesetzlichen Flächenziele für die Windkraft erhalten bleiben und die damit verbundene Planungssicherheit für die bayerischen regionalen Planungsverbände gewahrt bleibt,
- dem energiepolitisch gegen bayerische Interessen gerichteten Kurs von Bundesministerin Katherina Reiche entschlossen entgegenzutreten, damit die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Bayern sinken und nicht steigen sowie Schaden für den Klimaschutz, die Energiesouveränität und die regionale Wertschöpfung durch erneuerbare Energien im Freistaat abgewendet wird.

Begründung:

Bayern ist Vorreiter beim Ausbau der PV und holt bei der Windkraft auf. Ausgerechnet dafür würde der Freistaat durch das Netzpaket von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche bestraft.

Der Kern des Problems ist der sogenannte Redispatch-Vorbehalt: Neue erneuerbare Anlagen in Netzengpassgebieten sollen künftig keine Ausgleichszahlungen mehr erhalten, wenn sie wegen überlasteter Leitungen keinen Strom einspeisen können – und das bis zu zehn Jahre lang. Das finanzielle Risiko würden allein die Vorhabenträger bzw. Betreiber tragen.

Laut einer Studie des Beratungsunternehmens enervis im Auftrag von Green Planet Energy wären große Teile Bayerns schwer benachteiligt – nahezu alle bayerischen Landkreise könnten als sogenannte kapazitätslimitierte Netzgebiete eingestuft werden. Der Grund: Der erfolgreiche Solarausbau im Freistaat. Bayerns Leistung beim Klimaschutz wird von der Lösung zum Problem umgedeutet. Der eigentliche Verursacher – der verschlafene Netzausbau – wird nicht einmal erwähnt.

Bundesweit stünden laut der Studie über 32 Gigawatt an Erneuerbaren-Projekten und Investitionen von rund 45 Mrd. Euro vor dem Aus. Renommiertere juristische Gutachten – unter anderem der Kanzlei RAUE im Auftrag des Bundesverbands WindEnergie und der Stiftung Umweltenergierecht – kommen zudem zu dem Ergebnis, dass der Redispatch-Vorbehalt gegen EU-Recht verstößt.

Besonders widersinnig ist, dass der Entwurf von Katherina Reiche nicht zwischen Technologien unterscheidet: Weil Bayern durch seinen hohen Solaranteil Netzengpässe verursacht, würden dort auch neue Windkraftanlagen blockiert – obwohl der Freistaat ohnehin zu den Schlusslichtern beim Windausbau gehört.

Auch die rund 2 700 bayerischen Biogasanlagen, die als steuerbare Kraftwerksleistung gerade keine Netzengpässe verursachen, sondern das Netz stabilisieren, wären vom Wegfall des Netzanschlussanspruchs betroffen. Die Staatsregierung fordert mit Recht den Ausbau flexibler Biogasanlagen als Alternative zu den milliardenschweren Gaskraftwerk-Neubauten des Bundes – Katherina Reiches Netzpaket würde genau das verhindern.

Gleichzeitig benachteiligt das bestehende Ausschreibungsdesign der Bundesnetzagentur Windkraftprojekte im windschwächeren Süden massiv. Bayern genehmigt Windräder mittlerweile sehr schnell, doch bei der jüngsten Bundesausschreibung im Februar 2026 entfielen auf Bayern und Baden-Württemberg zusammen gerade einmal zwei Prozent des Zuschlagsvolumens – obwohl die Ausschreibung mit fast 8 000 Megawatt an Geboten mehr als doppelt überzeichnet war.

Eine aktuelle Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft im Auftrag der Erneuerbaren-Verbände aus Bayern und Baden-Württemberg zeigt, dass mehr Windkraft im Süden das Gesamtsystem deutlich effizienter machen und jährlich bis zu 1,8 Mrd. Euro an Redispatch-Kosten einsparen könnte. Der Bundesrat hat deshalb am 27. März 2026 auf Initiative Bayerns eine Sonderausschreibung von 5 000 Megawatt Windkraft beschlossen. Es wäre grotesk, wenn Katherina Reiches Netzpaket genau die Projekte gefährdet, für die Bayern selbst im Bundesrat gekämpft hat.

Dass Netzengpässe nicht durch das Abwürgen der Erneuerbaren gelöst werden, sondern durch Speicherausbau und Netzmodernisierung, zeigt das Beispiel Kalifornien eindrucksvoll: Der US-Bundesstaat – für sich genommen die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt – hat seine Batteriespeicher-Kapazität innerhalb von sechs Jahren von 0,5 auf über 15 Gigawatt verdreißigfacht. Im Sommer 2024 bewältigte Kalifornien Hitzerekorde ohne einen einzigen Blackout. Speicher gleichen dort Solarspitzen aus und liefern abends zuverlässig Strom. Deutschland hat hier massiven Nachholbedarf. Doch statt Speicher zu fördern, gibt Katherina Reiche den Erneuerbaren die Schuld für marode Netze.

Auch der drohende Wegfall der Einspeisevergütung für private Dachanlagen trifft den Freistaat besonders hart. Der geplante Förderstopp und eine Direktvermarktungspflicht für Kleinanlagen würden die private Energiewende faktisch beenden, denn alles vom Elektroauto über den Speicher bis zur Wärmepumpe steht und fällt mit der privaten PV-

Anlage – ausgerechnet in einer Zeit, in der der Iran-Krieg die teuren geopolitischen Abhängigkeiten von Öl- und Gasimporten nicht nur an den Tankstellen deutlich aufzeigt. Das Fraunhofer-Institut warnt ausdrücklich, dass die technischen Voraussetzungen für eine Pflicht zur Direktvermarktung derzeit nicht gegeben sind: Es fehlt schlicht an smarter Netzinfrastruktur.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die bayerischen Interessen, Fortschritte und Perspektiven bei der Energiewende im Freistaat, gegen den energiepolitischen Frontalangriff der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche auf Bundesebene entschieden zu verteidigen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Grießhammer,
Volkmar Halbleib u.a. SPD**
Drs. 19/11420

Bayerns Energieversorgung schützen – Pläne von Bundesministerin für Wirtschaft und Energie Katherina Reiche stoppen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Steffen Vogel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 44. Sitzung am 30. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - SPD: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Stephanie Schuhknecht
Vorsitzende